

---

**Kantonsrat**

Sitzung vom: 2. Mai 2016, nachmittags

Protokoll-Nr. 156

**Nr. 156**

**Planungsbericht über die Regionalentwicklung im Kanton Luzern; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme (B 27). Eintreten, Detailberatung, Kenntnisnahme, Schlussabstimmung**

Der Entwurf eines Kantonsratsbeschlusses über den Planungsbericht über die Regionalentwicklung im Kanton Luzern wurde von der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) vorberaten. In deren Namen beantragt der Kommissionspräsident Josef Dissler, auf den Planungsbericht einzutreten und ihn zur Kenntnis zu nehmen. Mit dem vorliegenden Planungsbericht Regionalentwicklung zeige der Regierungsrat auf, in welchen sieben thematischen Schwerpunkten er Projekte künftig mitfinanziere. Die vorhanden Potenziale sollten dadurch besser genutzt und die Zusammenarbeit gefördert werden. Ebenfalls werde in der Botschaft aufgezeigt, wie die vier regionalen Entwicklungsträger (RET) Region Luzern West, Idee Seetal AG, Region Sursee-Mittelland und LuzernPlus für ihre Tätigkeiten und Umsetzung der neuen Regionalpolitik (NRP) vom Kanton unterstützt würden. Zielsetzung der vorliegenden Botschaft sei eine konsequente, auf die regionsspezifischen Stärken abgestimmte Regionalentwicklung, welche die einzelnen Regionen jeweils mit den geeigneten Instrumenten des Kantons unterstütze. Der vorliegende Planungsbericht lege somit den Hauptfokus auf eine zielgerichtete Potenzialnutzung zur Stärkung des Kantons Luzern und seinen Regionen fest. Mögliche Ungleichheiten bezüglich Ressourcen und Lasten seien im Rahmen der periodischen Wirkungsmessung und der entsprechenden Umsetzung des Finanzausgleiches zu berücksichtigen. Zurück zum Ursprung der NRP: Am 1. Januar 2008 sei das Bundesgesetz über die Regionalpolitik in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz sollten Innovationen, Wertschöpfung und Wettbewerbskraft einzelner Regionen gestärkt werden, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Als Förderinstrument gewähre der Bund A-fonds-perdu-Beiträge und Darlehen. Ebenfalls würden die Kantone per Gesetz verpflichtet, sich gleichwertig an den Finanzierungen zu beteiligen. Im Mehrjahresprogramm definiere der Bund die Förder schwerpunkte der NRP. Die Genehmigung der Umsetzungsprogramme durch den Bund sei Voraussetzung für den Abschluss einer Programmvereinbarung zwischen Bund und Kanton, welche die Einzelheiten der Umsetzung sowie Förderungsbeiträge regle. Das Umsetzungs programm des Kantons Luzern sei für die Programmperiode 2016 bis 2019 bereits genehmigt worden. Die NRP sei auf die ländlichen Räume und Berggebiete zugeschnitten. Laut Bundesvorgabe befänden sich mit Ausnahme der fünf Grossagglomerationen Zürich, Basel, Bern, Lausanne und Genf alle urbanen Räume im Wirkungsperimeter der NRP, und sie stellten deren Entwicklungsmotoren dar. Aufgrund dieser Vorgabe teile der Regierungsrat in der Botschaft zur Regionalentwicklung den ganzen Kanton Luzern dem NRP-Perimeter zu. Die bisherige Regionalpolitik des Kantons Luzern habe sich aus den beiden Planungsberichten vom 26. Januar 2007 über die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes (B 172) und über die Neue Regionalpolitik (B 174) abgeleitet. Als Hauptstossrichtungen dieser Botschaften seien für die Agglomerationen Luzern und Sursee erhebliche Unterstützungsbeiträge für Fusionen in Aussicht gestellt worden: 147 Millionen Franken für den Raum Luzern und 14 Millionen Franken für den Raum Sursee. Diese Fusionen seien grossmehrheitlich nicht zum Tragen gekommen. Als Ausgleich seien den beiden ländlichen Regionen Luzern West und Seetal die Mittel aus der Regionalpolitik zugewiesen worden. In der Botschaft B 174 habe es damals geheissen, dass mit der NRP gezielt die ländlichen Regionen und vor allem diejenigen Bereiche gefördert würden, die mit jenen der wirtschaftlich starken

Gebiete vergleichbare Vorteile aufwiesen. Die NRP bilde somit die Ergänzung zur Agglomerationspolitik und zur Förderung der Entwicklungsachsen Luzern–Zürich und der Region Sursee. In der Programmperiode 2008 bis 2001 und 2012 bis 2015 hätten rund 70 NRP-Projekte mit einer Anschubfinanzierung unterstützt werden können. Damit hätten über 300 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert werden können. Diese Liste der NRP-Projekte sei einsehbar und liege vor. Die RUEK sei an einer ersten Sitzung vom 22. Februar 2016 von Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng und vom Leiter der Dienststelle Raum und Wirtschaft (rawi), Sven-Erik Zeidler, über die neue Ausrichtung und die Ziele der Regionalentwicklung orientiert worden. Neu laute der Titel der Botschaft nicht mehr Regionalpolitik sondern Regionalentwicklung. Wie bereits erwähnt werde der Wirkungsperimeter der NRP in der vorliegenden Botschaft auf den ganzen Kanton ausgelegt. Der Hauptfokus der neuen Regionalentwicklung richte sich auf eine zielgerichtete Potenzialnutzung zur Stärkung des Kantons Luzern und seiner Regionen, auf die Verflechtung von Raum- und Regionalpolitik, auf flexible Wirkungsperimeter sowie auf thematische Schwerpunkte statt fixe Instrumente. Mit den folgenden sieben thematischen Schwerpunkten gebe der Bericht den strategischen Handlungsspielraum und ein Instrumentarium vor. Erstens: Effizienzsteigerung durch überkommunale Zusammenarbeit; Wirkungsperimeter: ganzer Kanton. Zweitens: gemeinsame Ausgestaltung der Siedlungs-, Verkehrs- und Landschaftsentwicklung im urbanen Raum; Wirkungsperimeter: urbaner Raum. Drittens: Förderung der Standortattraktivität zur Stärkung der Regionalzentren und der Ortskerne im ländlichen Raum und der Ortskerne im ländlichen Raum. Viertens: Umsetzung kantonaler Wirtschaftsmassnahmen und Förderung der Innovation, Wettbewerbsfähigkeit sowie des Wissens- und Technologietransfers; Wirkungsperimeter: gesamter Kanton und überkantonaler Raum. Fünftens: Entwicklung von Wertschöpfungsketten und Angebotsverknüpfung in Industrie, Dienstleistungen und Gewerbe zur Erhöhung der regionalen Exportleistungen; Wirkungsperimeter: primär ländlicher Raum. Sechstens: endogene Potenziale im ländlichen Raum. Attraktivitätssteigerung und Ausdifferenzierung des ländlichen Raums und des Berggebiets durch Nutzung der eigenen Stärken; Wirkungsperimeter: ländlicher Raum. Siebtens: touristische Inwertsetzung bestehender und neuer touristischer Angebote insbesondere im ländlichen Raum weiterentwickeln und vernetzen; Wirkungsperimeter: primär ländlicher Raum beziehungsweise kantonale Tourismuszentren und überkantonaler Raum. Für die Unterstützung von Projekten stünden in den Jahren 2016 bis 2019 rund 21 Millionen Franken zur Verfügung, wovon knapp 5 Millionen Franken als zinslose Darlehen vergeben würden. 9,5 Millionen Franken seien durch den Bund im Rahmen der NRP zugesichert. Durch den thematisch breiteren Ansatz habe der Kanton eine Mitfinanzierung des Bundes in gleicher Höhe wie in der Vergangenheit zugesprochen erhalten. Auch die Finanzierung der RET sei in den 21 Millionen Franken mit eingerechnet. Entgegen der vergangenen Perioden werde neu allen RET eine Grundentschädigung von jährlich 100'000 Franken nach einer einheitlichen Berechnungsweise bezahlt. Diese Entschädigung entspreche zirka einer 80-Prozent-Stelle. Für die beiden Entwicklungsträger Region Luzern West und Idee Seetal AG bedeute dies eine deutliche Kürzung der bisherigen Entschädigung. In einem Übergangsprozess in den Jahren 2016 und 2017 würden diese beiden genannten RET mit zusätzlich 300'000 Franken unterstützt. Sven-Erik Zeidler habe an der Information vom 22. Februar auch das Verhältnis des Planungsberichtes Regionalentwicklung zum kantonalen Richtplan und zum Finanzausgleich erklärt. Mit dem neuen kantonalen Richtplan würden die raumplanerischen Vorgaben aus dem neuen Raumplanungsgesetz umgesetzt. Mit der Regionalpolitik sollten die regionsspezifischen Stärken und Potenziale mit innovativen Projekten in Wert gesetzt werden. Mit dem Finanzausgleich sollten unter anderem Standort- beziehungsweise Entwicklungsnachteile angemessen ausgeglichen werden. In der Kommissionssitzung vom 11. April 2016 habe die RUEK die Botschaft Planungsbericht über die Regionalentwicklung im Kanton Luzern beraten. Alle Parteien hätten den Planungsbericht als wichtiges Instrument beurteilt und plädierten für Eintreten. Die Diskussion sei bei zwei Punkten nochmals sehr kontrovers geführt worden: Erstens: Ob es richtig sei, dass der NRP-Perimeter auf den ganzen Kanton Luzern ausgeweitet und somit eventuell die Y-Strategie ausser Kraft gesetzt werde. Zweitens: Würden die beiden RET Region Luzern West und Idee Seetal AG durch die tiefere Entschädigung nicht in ihrer Existenz bedroht? Sowohl der Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng und als auch der Leiter der Dienst-

stelle Raum und Wirtschaft, Sven-Erik Zeidler, hätten nochmals auf die Ziele und Grundsätze der Botschaft Regionalentwicklung hingewiesen. Wichtig sei eine zielgerechte Potenzialnutzung zur Stärkung des Kantons Luzern und seiner Regionen mit flexiblem Wirkungsperimeter. Der Wechsel von der Ausgleichsorientierung zur Potenzialorientierung sei richtig. Das Umsetzungsprogramm vom Bund enthalte Vorgaben, welche rechtlich gelten würden und nicht verändert werden könnten. Ebenfalls sei die gleichmässige Finanzierung der RET gerecht und entspreche den Aufwendungen für die NRP. Die Übergangsfinanzierung für 2016 und 2017 der RET Region Luzern West und Idee Seetal AG sei richtig, könne aber nicht ausgeweitet werden. Eine Dauersubventionierung von Organisationen sei gemäss Vorgaben vom Bund nicht richtig und nur durch eine Anschubfinanzierung über Projekte möglich. Aufgrund der Beratung empfehle die RUEK dem Kantonsrat folgende zwei Bemerkungen: Bemerkung 1: „Die Regionalentwicklung soll einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen leisten, um die dezentrale Besiedlung im Kanton zu erhalten und die regionalen unterschiedlichen Disparitäten abzubauen.“ Mit Disparitäten meine die RUEK, Schwache zu stärken und Starke nicht zu schwächen. Es handle sich um eine Grundhaltung gegenüber der Landschaft. Diese Bemerkung sei bei 6 zu 6 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten überwiesen worden. Bemerkung 2: „Die Wirkungs-Perimeter für die thematischen Schwerpunkte «Standortentwicklung/Standortmanagement», «Unternehmerische Initiative» und «Touristische Inwertsetzung» sind prioritär auf die Gebiete des ländlichen Raumes zu legen. In der Stossrichtung «Touristische Inwertsetzung» können Projekte von touristischen Leistungsträgern in den Zentrumsgemeinden initiiert werden, sofern das Projekt Wertschöpfungsimpulse im ländlichen Raum auslöst.“ Diese Bemerkung gelte prioritär für den ländlichen Raum. Sie sei von der RUEK mit 7 zu 5 Stimmen überwiesen worden. In der Schlussabstimmung empfehle die RUEK die Botschaft B 27 dem Kantonsrat mit 10 zu 1 Stimme zur Kenntnisnahme.

### **Ordnungsantrag**

Ylfete Fanaj erklärt, im Planungsbericht über die Regionalentwicklung gehe es unter anderem um künftige Beiträge an die RET. Der Planungsbericht betreffe nicht die gesamte Kantonsbevölkerung, sondern explizit die regionalen Entwicklungsträger. Deshalb finde es die SP-Fraktion stossend, wenn betroffene Personen aus den regionalen Entwicklungsträgern bei der Beratung mitwirkten. Gemäss § 14 Absatz 1c des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege habe in den Ausstand zu treten, wer dem Verwaltungs- oder Kontrollorgan einer als Partei beteiligten juristischen Person des privaten Rechts angehöre. Im Rat seien Vorstandsmitglieder und Präsidenten der regionalen Entwicklungsträger, aber auch der Geschäftsführer des regionalen Entwicklungsträgers Region Luzern West vertreten. Die SP-Fraktion fände es angebracht, wenn der Geschäftsführer des regionalen Entwicklungsträgers Region Luzern West in den Ausstand treten würde. Sie stelle deshalb einen entsprechenden Ordnungsantrag. Die SP würde einen Ausstand der übrigen Vorstandsmitglieder und des Präsidenten ebenfalls begrüssen.

Ludwig Peyer sagt, er gehe davon aus, dass die Ausstandegründe für ein Kantonsratsmitglied gesetzlich geregelt seien und dass es nicht Aufgabe eines einzelnen Kantonsrates sei, solchem nachzugehen. Die CVP habe sich diesbezüglich erkundigt. Er meine, es liege kein Ausstandsgrund vor. Wenn man einmal damit beginne, bei einzelnen Geschäften Betroffene in den Ausstand treten zu lassen, würden sich immer neue Gründe finden lassen. Er selber könne rechtlich nicht beurteilen, ob hier ein Ausstandsgrund vorliege. Deshalb sei er nicht sicher, ob man nun über den Ordnungsantrag befinden könne. Er sei der Meinung, dass Guido Roos nicht in den Ausstand treten müsse.

Guido Müller unterstützt den Ordnungsantrag im Namen der SVP. Seine Fraktion habe dieses Szenario vorausgesehen nach dem Motto, dass Anstands- und Ausstandsregeln bestünden. Ihr Vertreter, Fredy Winiger, sei als Präsident der Idee Seetal AG bereits in den Ausstand getreten. Man habe die Frage innerhalb der Fraktion besprochen und befunden, dass es nicht sinnvoll wäre, wenn der Präsident der Idee Seetal AG dieses Geschäft vertreten würde. Er bitte deshalb alle direkt Betroffenen, in den Ausstand zu treten.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Ylfete Fanaj mit 54 zu 46 Stimmen zu. Somit muss Guido Roos in den Ausstand treten.

Im Namen der SVP-Fraktion tritt Jost Troxler auf die Vorlage ein und spricht sich für ablehnende Kenntnisnahme aus. Die bisherige kantonale Regionalpolitik habe auf den Botschaften B 172 (Planungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes vom 26. Januar 2007) und B 174 (Planungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Neue Regionalpolitik vom 26. Januar 2007) basiert. Die NRP-Gelder seien, als Ausgleich des Agglomerationsprogrammes, das auch Gelder für Fusionen bereitstellte, exklusiv den Regionen Luzern West und Seetal zugewiesen worden. Da ja bekanntlich die Fusionen in der Agglomeration Luzern und im Raum Sursee zum grössten Teil gescheitert seien, habe Pius Zängerle die Motion M 195 eingereicht. Diese sei in der Januar-Session 2013 erheblich erklärt worden und habe dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, einen Planungsbericht auszuarbeiten, der unter anderem zum Ziel gehabt habe, die NRP-Gelder für die künftige Förderung der Zentren und Achsen einzusetzen sowie neue Fördermöglichkeiten für Zusammenarbeitsprojekte unter den Gemeinden in der Agglomeration und dem ländlichen Raum zu definieren. Kantonsrat Pius Zängerle habe damit klar die Absicht verfolgt, die Gelder von der Landschaft in die Stadt und Agglomeration zu holen. Das Produkt, der vorliegende Planungsbericht Regionalentwicklung, stösse genau in diese Richtung. Die Gelder, die bis jetzt den zwei Regionen abseits der Entwicklungsachse zur Verfügung gestanden seien, würden für den gesamten Kanton zugänglich gemacht. Die im noch neuen, teilrevidierten kantonalen Richtplan aufgezeigte Entwicklungsstrategie mit der Zentren-, Achsen- und Raumstruktur werde total übergangen. Im vorliegenden Planungsbericht sei die Rede von urbanem und ländlichem Raum. Diese Räume würden jedoch nirgends klar definiert. Man könnte auch sagen, dass diese Entwicklungsstrategie vom Kanton total zerfetzt oder sogar eliminiert werde. Zudem entferne man sich vom NRP-Gedanken, der laut Zweckartikel des Bundesgesetzes über Regionalpolitik klar ausgleichsorientiert und eben nicht wie im Planungsbericht potenzialorientiert formuliert sei. Die thematischen Schwerpunkte, die nun neu für die NRP-Gelder definiert worden seien, öffneten zwar die Wirkungsfelder und somit auch neue Türen. Trotzdem sei der grösste Anteil der Gelder für touristische Projekte reserviert, die zum grossen Teil in den ländlichen Regionen abseits der Entwicklungsachse, mit Ausnahme der Region Entlebuch, schwer zu erarbeiten seien. So gesehen würden diese Gelder zum grössten Teil Richtung Stadt und Agglomeration wandern. Dies alles schwäche zwei der RET, die sich in den letzten Jahren mit grossem Engagement eingesetzt hätten, um mit den zur Verfügung stehenden NRP-Geldern regionale Wirtschaftsförderung zu betreiben. Dies sei trotz Anlaufschwierigkeiten sehr gut gelungen, resultierten doch aus diesen NRP-Projekten der letzten Jahre insgesamt 324 Arbeitsplätze, von denen 120 erhalten und 204 neu geschaffen werden konnten. Damit der Ausgleich zwischen den Regionen weiterhin im Gleichgewicht bleibe, dürfe der Stadt-Land-Graben nicht weiter aufgerissen werden. Der Kanton habe die RET in den letzten Jahren auf der einen Seite mit dem Agglomerationsprogramm und auf der andern Seite mit NRP-Geldern gefördert. Dies sei ausgeglichen gewesen und habe für regionalen Frieden gesorgt. Mit dem vorliegenden Planungsbericht werde ein Kampf um die zur Verfügung stehenden Gelder provoziert, was dazu führe, dass die Regionen abseits der Entwicklungsachse klar zu Verlierern würden. Das wiederum führe zu Ungleichheiten, Unzufriedenheit und zu einem regionalen Bekämpfen mittels „Projektitis“ und zu ebenso unnötig grossem administrativem Aufwand. Somit fordere die SVP, dass die vier RET auch in Zukunft als Partner des Kantons mit ihren zugeteilten Aufgaben funktionieren könnten. Das heisse, dass die Regionen an der Entwicklungsachse, welche die Vorteile des Wachsens hätten, sei es in Bezug auf die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe, aber auch in Bezug auf den Zuwachs der Bevölkerung, nicht noch zusätzliche Vorteile bei den NRP-Projekten bekommen sollten. Dies hätte zur Folge, dass sich die RET neben den Entwicklungsachsen komplett sanieren müssten. Konkret würde das bedeuten, dass diese RET Leistungen abbauen müssten, vor allem im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung und Raumplanung, oder die Verbandsgemeinden müssten noch höhere Pro-Kopf-Beiträge an die RET leisten. Diese wiederum seien jetzt schon bis zu vier Mal höher als diejenigen von LuzernPlus. Zum Schluss möchte er nochmals betonen, dass die RET heute professionell geführt würden. Dies sei aber nur möglich dank der bis heute angewandten Strukturen und der regionsgerechten finanziellen Unterstützung aus dem

NRP-Topf. Für die künftigen Aufgaben brauche es weiterhin gut funktionierende RET, die zusammenarbeiten könnten: auf der einen Seite mit ihren Gemeinden, auf der andern Seite, um sich untereinander auf gleicher Augenhöhe auszutauschen und die kantonalen und behörderverbindlichen Aufgaben wahrnehmen zu können. Dies alles sei mit der heutigen Aufteilung, wie sie aus den Planungsberichten B 172 und B 174 resultiere, gewährleistet. Die SVP werde die meisten Bemerkungen ablehnen und den Planungsbericht ablehnend zur Kenntnis nehmen. Zu den einzelnen Bemerkungen werde sich die SVP anlässlich der Detailberatung äussern.

Im Namen der CVP-Fraktion tritt Markus Odermatt auf die Vorlage ein. Die Idee der Regionalpolitik sei die Stärkung der ländlichen Regionen, weil dort der Wirtschaftsmotor nicht einfach so geschmiert laufe wie anderswo. Durch den gezielten Einsatz der finanziellen Mittel sollten vorhandene Potenziale oder Projekte abseits der Entwicklungssachse gefördert werden, so sei dies in den Botschaften B 172 und B 174 formuliert worden. Das Ziel der Übung sei es ja, den Kanton als Ganzes vorwärtszubringen, also die Schwachen zu stärken und die Starken weiter stärken zu lassen. Für die CVP entspreche der Planungsbericht nicht ganz dem Auftrag der Regionalpolitik im eigentlichen Sinn. Sie habe aufgrund der ursprünglichen Motion andere Erwartungen an den Planungsbericht gestellt und erwartet, dass der Kanton den eingeschlagenen Weg in der Regionalpolitik in den wesentlichen Teilen weiterführen würde. Der Fraktion fehle die klare Abgrenzung der ländlichen Räume zu den urbanen Räumen und der Entwicklungssachse. Für die CVP sei es nicht von der Hand zu weisen, dass die beiden RET Region Luzern West und Idee Seetal AG gegenüber den Regionen an der Hauptentwicklungsachse im Ergebnis benachteiligt würden. Hier sehe man eine gewisse Gefahr, dass die Räume dieser beiden RET aufgrund ihres Zwangs, sich neu organisieren oder neu finanzieren zu müssen, stark benachteiligt seien. Diese Entwicklung sei für den inneren Zusammenhalt des Kantons Luzern nicht förderlich. Gemäss dem aktuellen Richtplan 2015 sei folgende Festlegung definiert worden: Mit dem Instrument der Regionalpolitik solle die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes gefördert und in Ergänzung zur Hauptentwicklungsachse gestärkt werden. Dafür habe man die Planungsberichte B 172 und B 174, und man habe im Rahmen der Richtplanung die Y-Achse definiert. Gemäss Botschaft würden diese Aussagen nur noch bedingt gelebt, denn die Fördergelder sollten in Zukunft auf den ganzen Kanton verteilt werden. Der Einsatz von NRP-Geldern im gesamten Kanton widerspreche ihres Erachtens diesem Grundsatz im Richtplan und auch der bisherigen Y-Strategie. Die CVP wisse natürlich, dass diese Praxisänderung aufgrund von bundesrechtlichen Vorschriften aber nicht zu umgehen sei. Die CVP nehme diese Praxisänderung mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Der CVP sei es wichtig, dass den Regionen zwischen den Hauptentwicklungsachsen genügend Entwicklungsspielraum gewährt werden solle, damit diese sich sowohl als Wohn- wie auch als Gewerbestandort profilieren und bestehende Industrien pflegen könnten. Die CVP möchte diese gefährliche Entwicklung deshalb mit Bemerkungen abfedern. Was die CVP nicht möchte, sei eine Stadt-Land-Diskussion; sie engagiere sich für das Gleichgewicht und den Zusammenhalt zwischen Stadt und Land. Eigentlich gehe es in der Botschaft um zwei Themenfelder. Erstens gehe es um die Frage, wie der Kanton die RET in Zukunft finanziell alimentiere, und zweitens, in welchem Perimeter NRP-Projekte Wirkung erzielen sollten. Für die CVP hätten die vom Kanton gewollten RET wichtige Aufgaben in den Regionen übernommen. So könnten verschiedene Themen aus der Region aufgenommen und zusammen mit den Gemeinden weiterentwickelt werden. Dies funktioniere allerdings nur dann, wenn dem zuständigen RET in der Region auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Die RET würden wichtige Aufgaben von den Gemeinden und dem Kanton übernehmen. Für die CVP sei es wichtig, dass die beiden RET aus der Landschaft auch in Zukunft ihre Aufgaben und Scharnierfunktionen wahrnehmen könnten und finanziell auf gesunden Beinen stünden. Dieser Aspekt solle bei der Ausgestaltung der Mitfinanzierung durch den Kanton wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft mitberücksichtigt werden. Es sei auch wichtig zu erkennen, dass ein RET aus einer kleinen Region beziehungsweise aus einer Region mit einer kleinen Einwohnerzahl trotzdem eine gewisse Grundlast zu tragen habe und für diese Arbeiten entschädigt werde und darüber hinaus einen durchschnittlich höheren Pro-Kopf-Beitrag erhalten müsse als ein RET mit einer grossen

Einwohnerzahl. Es komme hinzu, dass die vier RET mit ihrer Grösse politisch so gewollt seien. Das zweite Themenfeld betreffe den Wirkungsraum von Projekten in den sieben Themenfeldern. Hier nehme die CVP positiv zur Kenntnis, dass die unternehmerischen Initiativen, die endogenen Potenziale im ländlichen Raum und die touristischen Projekte primär im ländlichen Raum, also im Raum abseits der Entwicklungssachsen, eingesetzt werden sollten. Die CVP unterstütze diese Aussage, sie sei aber aus ihrer Sicht zu wenig klar und eindeutig. Man möchte, dass diese Gelder prioritätär in den ländlichen Raum fliessen würden, um eine gewisse Sicherheit für die Projekte zu gewährleisten. Für die Entwicklung der Regionen ausserhalb der Entwicklungssachsen seien die Gelder wichtig, damit könnten allerdings auch nicht alle Probleme gelöst werden. Hier sehe die CVP, dass benachteiligten Regionen über den Finanzausgleich die nötige Unterstützung zufließen sollte. Es sei aber zu befürchten, dass die dafür erforderlichen Mittel nicht im benötigten Mass vorhanden sein würden. Die CVP unterstütze die eigentliche Stossrichtung des Planungsberichtes neue Regionalentwicklung in ihren Grundzügen, obwohl diese weiter gingen, als ursprünglich im Vorstoss gefordert. Die CVP stelle aber fest, dass der Raum abseits der Hauptachsen und die beiden RET in diesen Gebieten in Zukunft kleinere Brötchen backen müssten. Man befürchte auch einen zunehmenden Konkurrenzkampf zwischen den Entwicklungsträgern um die Verteilung der Mittel, was wiederum für die Förderung des inneren Zusammenhalts nicht förderlich sein werde. Die CVP stelle auch fest, dass die im Richtplan aufgeführte Definition der Regionalentwicklung für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes als Ergänzung zur Hauptentwicklungsachse per se nicht mehr stimme. Hier möchte die CVP mit ihren Bemerkungen Korrekturen im Planungsbericht anbringen. Die Fraktion wolle keine Stadt-Land-Diskussion. Die CVP sei für Eintreten und Kenntnisnahme, je nach Ausgang der Detailberatung. Sollten ihre Bemerkungen im Rat aber keine Mehrheit finden, behalte sich ein Teil der CVP-Fraktion vor, den Bericht als Ganzes in ablehnendem Sinn zur Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der FDP-Fraktion tritt Ruedi Amrein auf die Vorlage ein und spricht sich für Kenntnisnahme aus. Der Kanton Luzern weise eine vielfältige Struktur auf, er sei unterschiedlich erschlossen, und die Wirtschaft pulsiere in Zentren und entlang der Verkehrsachsen stärker als in ländlichen Gegenden. Gleich hingegen sei das Ziel, nämlich die unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Regionen einander anzunähern. Die stärksten Instrumente dafür seien der Finanzausgleich und Erschliessungsbeiträge. Etwas weniger gross sei das Gefäss der Regionalentwicklung. Dem Finanzausgleich komme auch in Zukunft die Aufgabe zu, die Differenzen unter den Regionen zu verkleinern und allen Luzernern und Luzernerinnen eine faire finanzielle Belastung zu ermöglichen. Die Erschliessungsbeiträge brauche es, um angepasste, gute Rahmenbedingungen zu bieten. Die FDP unterstütze diese Strategie, insbesondere unter der Neuausrichtung der Regionalentwicklung. Letztere sei für die FDP ein wichtiges Instrument der Politik. Sie biete Hilfe zur Selbsthilfe in den Regionen, fördere und stütze die Eigenverantwortung und die Eigeninitiative – Grundsätze, welchen die FDP sehr nahestehe. Die Regionalentwicklung sei eine fach- und sektorenübergreifende Querschnittsaufgabe. Im vorliegenden Bericht würden die verschiedenen für die Regionalentwicklung relevanten Instrumente und Politikbereiche in einen ganzheitlichen Zusammenhang gestellt und der strategische Rahmen für die zukünftige Regionalentwicklung festgelegt. Die Regionalentwicklung werde aus der übergeordneten Raumordnungs- und Wirtschaftsstrategie abgeleitet. Der Regierungsrat wolle auf Bestehendem aufbauen und Lücken schliessen. Dazu formuliere er sieben Schwerpunkte und die dazu notwendigen Kerninstrumente. Die FDP begrüsse diesen Planungsbericht, um so die weitere Zukunft diskutieren zu können, zumal auch der Bund seine Ziele angepasst habe. Betreffend Analyse teile die FDP die Feststellung, wonach der Fokus verstärkt auf die Attraktivitätssteigerung und die Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Standortfaktoren zu legen sei. Die Wirkungsperimeter der verschiedenen Instrumente seien flexibel sowie funktional-räumlich auszugestalten, damit die ausgelösten Projekte auch tatsächlich dort wirksam würden, wo das grösste Potenzial dafür vorhanden sei. Sie dürften nicht an staatlichen Grenzen scheitern. Die Potenzialförderung anstelle der Investitionsunterstützung werde als Stärke dargestellt, das leuchte ein. Bereits in den letzten sechs Jahren hätten mit diesen Mitteln rund 120 Arbeitsplätze erhalten und rund 200 neue geschaffen werden können. Das scheine nicht viel, fordere aber Respekt, da es

ausserhalb einer Reichweite von zehn Minuten Fahrzeit ab den Verkehrsadern und Zentren doch wesentlich schwieriger werde, wirtschaftliche Aktivitäten zu entwickeln. Die Standortpflege sei dort noch wichtiger als anderswo. Die FDP befürworte die Haltung, bei der Unterstützung von Projekten auch Risiken einzugehen. Dabei verlange sie aber ein striktes Erfolgscontrolling mit der Definition von Meilensteinen, um rechtzeitig auszusteigen, wenn es sich erweise, dass sich der Erfolg nicht einstelle. Der Grossteil der Mittel sollte in der Region ankommen und nicht nur bei den Planungsbüros. Strategische Positionierungsprojekte, welche auf die Interessenwahrnehmung der Region gegenüber dem Kanton hinauslaufen würden, dürften aus Sicht des Bundes künftig nicht mehr unterstützt werden. Diese Haltung stütze die FDP ebenfalls. Solche Finanzierungen würden einen Interessenkonflikt beinhalten. Spreche der Kanton Mittel, werde erwartet, dass er auf die Verwendung Einfluss nehme, aber gerade dieses Ziel könne mit der Vertretung von Regionalinteressen nicht umgesetzt werden. Der Kanton solle die Regionen primär in konkreten Umsetzungsprojekten unterstützen. Zum Strauss der Massnahmen der Regionalentwicklung gehörten auch Zusammenarbeitsprojekte der Gemeinden und das Agglomerationsprogramm. In beiden Fällen arbeite die Politik an Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Diese Projekte würden nicht mit Mitteln der Regionalentwicklung im engeren Sinn finanziert. Dort, wo die Wirtschaft pulsiere, liefere sie Rahmenbedingungen. Damit würden Mittel geschaffen, welche auch in der Regionalentwicklung wieder Verwendung finden könnten. Von gelösten Zentrumsaufgaben des Agglomerationsprogrammes profitiere der ganze Kanton, besonders diejenigen Regionen, welche rund 30 Minuten vom Zentrum entfernt liegen würden. Der Bericht zeige die Schwerpunkte auf, wo die Regionen gefördert und entwickelt werden sollten. Die FDP finde, dass mit den Schwerpunkten die nötigen Bereiche in Angriff genommen beziehungsweise weiterentwickelt würden. Sie unterstütze diese, wolle aber keine Erweiterungen. Den Schwerpunkten solle die Initiative der Regionen zugrunde liegen. Der Kanton solle subsidiär unterstützen. Die gewählten Kerninstrumente zeigten, dass der Begriff Region offener interpretiert werde, was für den Erfolg und die gleichzeitige Entwicklung von Stadt und Land nötig sei. Die FDP unterstütze dabei auch die zielgerichtete Potenzialnutzung mit flexiblen Wirkungsperimetern. Die Regionalentwicklung solle für den Ausgleich mit dem Finanzausgleich ergänzt werden. Die Regierung hätte auch aufzeigen können, dass verschiedene Mittel, insbesondere der NRP, für ländliche Räume reserviert seien. Somit verblieben exklusiv reservierte Mittel im ländlichen Raum trotz unterschiedlicher Wettbewerbskraft und zielgerichteter Potenzialnutzung. Dem Land werde nichts weggenommen. Die FDP erachte die Verflechtung von Raum- und Regionalpolitik als notwendig. Nur mit den unverzichtbaren Raum- oder Verkehrsinstrumenten könne auch die Regionalpolitik wirksam werden. In der Vernehmlassung habe die FDP eine Strategie für die Landschaft gefordert. Die Regierung habe diese Forderung mit dem Hinweis beantwortet, dass sie Instrumente für die Entwicklung zur Verfügung stellen wolle. Da aber die verschiedenen Regionen sehr unterschiedliche Ausprägungen zeigten, müssten die Regionen selbst eine Strategie finden. Diese Haltung decke sich mit ihrer Vorstellung, dass eine Region zuerst selber handeln müsse, bevor der Kanton sie unterstütze. So verstanden verzichte man auf eine allgemeine Landstrategie. Die gleichmässige Verteilung der Mittel für die Organisation der Projekte der Entwicklungsträger finde die FDP richtig. Die Regionen sollten wie bereits erwähnt über die Projekte finanziert werden. Das Gefäss sei nicht mit einem zweiten Finanzausgleich zu verwechseln. Dazu würden zu wenig Mittel fliessen. Durch dieses Gefäss sollten neue Mittel in den Regionen geschaffen werden. Die Organisations- und Lobbystruktur sollten die Regionen gemäss ihren Bedürfnissen selbst bezahlen. Die Überbrückungsfinanzierung der RET Region Luzern West und Idee Seetal AG unterstützten die FDP. Die Bedenken der Vertreter der Regionen Luzern West und Seetal nehme die FDP ernst. Sie lehne aber die Bemerkung ab, welche fordere, dass man nicht nur Aufträge, sondern auch Aufgaben im Interesse des Kantons finanzieren wolle. Der Bund habe diese Mittel beschränkt, und der Kanton habe diese Aufgaben mit einer 80-Prozent-Stelle definiert. Dies sei auch von allen RET unterstützt worden. Aufgrund der gemachten Ausführungen lehne die FDP alle Bemerkungen ab, sowohl jene der RUEK als auch jene der Ratsmitglieder.

Im Namen der SP-Fraktion tritt Hasan Candan auf die Vorlage ein. Mit dem Planungsbericht über die Regionalentwicklung setze die Regierung sieben thematische Schwerpunkte fest. Mittels A-fonds-perdu-Beiträgen und zinslosen Darlehen von insgesamt 21 Millionen Franken sollten Projekte mitfinanziert werden. Die unterstützten Projekte würden gezielt vorhandene Stärken und Potenziale in den verschiedenen Regionen entwickeln. Die Projekte zeigten Lösungsansätze auf, wie zukünftige Herausforderungen in der überkommunalen Zusammenarbeit und der Siedlungs-, Arbeits- und Verkehrsplanung im urbanen Raum angegangen werden sollten. Die Projekte würden innovative Wege gehen, um die Standortattraktivität von Regionalzentren und Ortskernen zu erhöhen, die touristische Anziehungskraft einer Region zu stärken und eine Wertschöpfung entlang der ganzen Entstehungskette zu generieren. Die SP-Fraktion unterstütze es, dass der Kanton bei diesen Projekten mittels zinsloser Darlehen oder A-fonds-perdu-Beiträgen eine Anschubfinanzierung leiste. Es müsse in seinem Interesse liegen, dass gerade Projekte mit Pioniercharakter oder innovativen Ansätzen, welche die Regionen von innen heraus stärkten, so erst möglich würden. Eine punktuelle Unterstützung von Projekten sei richtig, aber der Weitblick dürfe dabei nicht verloren gehen. Damit der Kanton Luzern nachhaltig gestärkt werde, müsse man den Wirtschaftsraum als Ganzes betrachten und keine künstlichen Barrieren schaffen. Eine Erweiterung des Wirkungsperimeters der gesprochenen NRP-Gelder auf das ganze Kantonsgebiet unterstütze die SP voll und ganz. Der bisherige Zustand sei für sie ein Missstand. Es sei unverständlich, dass die Gemeinde Grosswangen nicht in den Wirkungsperimeter der NRP falle, die direkt angrenzende Gemeinde Ettiswil aber schon. Dies sei nur ein Beispiel, es gebe noch weitere. Dieser Zustand dürfe nicht weiter aufrechterhalten werden. Er schade dem Wirtschaftsraum Luzern und wirke seiner zusammenhängenden Entwicklung entgegen. Somit komme er zum Kernstück dieser Vorlage. Der Planungsbericht über die Regionalentwicklung dürfe nicht für einen indirekten Finanzausgleich oder für eine Kompensation der Entscheide des kantonalen Richtplans instrumentalisiert werden. Die SP-Fraktion wende sich direkt an die CVP, die SVP und Teile der FDP. Es gehe weder um einen möglichst gleichmässigen Einsatz der Finanzmittel über alle Instrumente noch um den Ausgleich der Standortnachteile oder Standortlasten. Die SP werde alle Anträge ablehnen, welche in diese Richtung zielen. Zudem verhinderten solche Anträge die Weiterentwicklung des höchst dynamischen urbanen Raumes. Der urbane Raum zeige ein enormes Entwicklungspotenzial, und er sei mit dem ländlichen Raum und dem Agglomerationsraum eng verknüpft und bilde einen sich in Wechselwirkung befindenden Wirtschafts- und Lebensraum. Dennoch finde die SP, dass der Kanton die Ängste und Bedenken von gewissen Gemeinden und weiteren Akteuren ernst nehmen müsse. Bei der Vergabe der gesprochenen Projektgelder zähle nicht nur die Grösse des Projekts oder dessen direkte Wertschöpfung. Insbesondere nachhaltige Projekte mit Pioniercharakter, welche auch weiche Faktoren tangierten und indirekt Wertschöpfung generierten, müssten genauso berücksichtigt werden. Somit komme er zum grössten Mangel des Berichts. Aus Sicht der SP-Fraktion beachte der Kanton die wertschöpfenden, soziokulturellen Potenziale zu wenig. Es seien eben nicht nur die direkten, harten Faktoren, wie zum Beispiel die Anzahl der grossen ansässigen oder neu gegründeten Unternehmen, welche eine Region entwickelten oder positionierten, sondern gerade eben auch die weichen Faktoren, die nicht nur direkt ökonomisch fassbar seien. Diese weichen Faktoren würden die Regionen genauso stärken. Hier greife der Bericht eindeutig zu kurz. Bei der Zusammenstellung der Verbände und Akteure, mit welchen der Kanton zusammenarbeite, um die Regionen zu entwickeln, fehlten aus ihrer Sicht solche, welche die soziokulturellen Potenziale stärken und weiterentwickeln würden. Hier müsse eine Anpassung geschehen; der Kanton, insbesondere die Dienststelle Raum und Wirtschaft, und die RET sollten in der jetzigen Umsetzungsperiode ihre Fühler ausstrecken und proaktiv auf Akteure zugehen, welche soziokulturelle Potenziale fördern und somit die Wertschöpfung direkt und indirekt ankurbeln würden. Aus Sicht der SP habe der Bericht noch eine zweite Schwäche; diese betreffe die finanziellen Beiträge des Kantons an die Organisation der RET. Der Kanton habe bemerkt, dass die finanziellen Abgeltungen an die RET zu hoch seien, und er habe diese gekürzt. Die SP sage es nochmals klar und unmissverständlich: Sie wolle, dass die 21 Millionen Franken für Projektanschubfinanzierungen eingesetzt würden und nicht für die Finanzierung von Daueraufgaben oder Strukturen. Die RET müssten ihre organisatorischen Strukturen selber und ohne NRP-Gelder finanzieren. Die

vorgeschlagenen Übergangsbeiträge an die RET Region Luzern West und Idee Seetal AG seien zu hoch angesetzt. Die SP trete auf die Vorlage ein. Aus ihrer Sicht sei es dem Kanton gelungen, eine kohärente und handlungsorientierte Regionalentwicklungsstrategie zu präsentieren. Die Öffnung des Wirkungsperimeters entspreche der Präambel der Kantsstrategie, Stadt und Land stärkten sich gegenseitig. Aber noch wichtiger sei, dass erst durch die Betrachtung des Wirtschaftsraumes als Ganzes eine nachhaltige Regionalentwicklung möglich sei. Die SP stelle drei Bemerkungen, mit welchen sie die Regionalentwicklung weiter verbessern wolle. Die grösste Stärke der Vorlage, die Öffnung des Wirkungsperimeters, wolle sie unbedingt sicherstellen. Die SP gebe der Regionalentwicklung noch einen Extra-boost, indem sie die soziokulturellen Potenziale nicht brachliegen liessen. Zudem nehme sie eine kleine Korrektur an den Übergangsbeiträgen vor. Der diesjährige Gastkanton an der Luga sei der Kanton Luzern selbst. Das Motto laute „Luzern bewegt sich“, das wolle man auch, die SP wolle einen dynamischen und attraktiven Kanton und keinen Stillstand. Die SP lehne deshalb alle durch die CVP initiierten wirtschaftsfeindlichen Anträge ab. Ob die SP-Fraktion dem Planungsbericht zustimmen könne oder ob sie ihn ablehne, ergebe sich aus der Diskussion.

Im Namen der Grünen Fraktion tritt Andreas Hofer auf die Vorlage ein und spricht sich für Kenntnisnahme aus. Die Grünen seien eine Partei mit einem sozialen Gewissen. Sie würden deshalb immer auf der Seite der Schwächeren und der Schwachen stehen. So hätten sie auch bei diesem Planungsbericht ein gewisses Verständnis dafür, dass einzelne Regionen das Gefühl hätten, sie seien benachteiligt und vom Wachstum abgeschnitten. Natürlich gebe es wirtschaftlich gesehen stärkere und schwächere Gemeinden, Regionen und Entwicklungsträger. Aber mit dem Instrument der Regionalentwicklung könnten und sollten diese Unterschiede nicht ausgeglichen werden. Dafür seien andere Gesetze, wie zum Beispiel der Finanzausgleich, zuständig. Beim Planungsbericht Regionalentwicklung gehe es um die Förderung der Regionen, und zwar im ganzen Kanton. Es sei nicht einzusehen, dass wie bisher nur Projekte der beiden Entwicklungsträger Idee Seetal AG und Region Luzern West unterstützt würden, hingegen Projekte der Entwicklungsträger Region Sursee-Mittelland und LuzernPlus nicht. So sei in der Vergangenheit die unverständliche Situation entstanden, dass eine Gemeinde des RET Region Luzern West ein Projekt habe eingeben können und die Nachbargemeinde des RET Region Sursee-Mittelland nicht, obschon beide Gemeinden genauso ländlich geprägt seien. Diese Situation ändere der neue Planungsbericht nun, und er ermögliche es allen Regionen, die Fördergelder abzuholen. Es sei dabei wichtig, dass die Projekte nachhaltig seien und nach einer Anschubfinanzierung des Kantons eigenständig fortgeführt werden könnten. Dabei spiele es keine Rolle, wo ein solches Projekt lanciert werde, sondern die Qualität des Projekts sei entscheidend. So entstehe in den Regionen eine Wertschöpfung, von der auch andere Regionen profitieren könnten. Die Grüne Fraktion sei überzeugt, dass auch oder gerade in ländlichen Gebieten genug innovative Köpfe lebten, die Ideen und Projekte lancieren könnten, welche zu einer grösseren Wertschöpfung in der Region und somit im ganzen Kanton Luzern beitragen würden. Denn wie sage man: „Not macht erfinderisch.“ Betrachte man die thematischen Schwerpunkte, werde auch klar, dass der ländliche Raum prioritär behandelt werde, zumindest bei vier der sieben Schwerpunkte. So werde gewährleistet, dass der ländliche Raum vor allem von den Fördermitteln profitieren könne. Der Planungsbericht sehe vor, dass Beiträge an die Strukturen der RET Region Luzern West und Idee Seetal AG gekürzt werden sollten. Diese Massnahme unterstütze die Grüne Fraktion explizit. Beiträge an die Strukturen, sprich an die Geschäftsstellen, seien nicht nachhaltig und würden keine Wertschöpfung bringen. Gute Projekte hingegen schon. Es sei aber gemäss dem neuen Planungsbericht vorgesehen, dass eine 80-Prozent-Geschäftsstelle finanziert werde. Diese müsse ausreichen, respektive die Verbandsgemeinden könnten diesen Beitrag selbstverständlich erhöhen und eine grösere Geschäftsstelle finanzieren. Genauso klar sei es aber für die Grünen, dass die Kürzung dieser Mittel abgestuft vorgenommen werden müsse, sodass diese beiden Entwicklungsträger Zeit hätten, um sich neu zu organisieren. Die Grünen seien gegenüber den Entwicklungsträgern wie auch gegenüber dem VLG immer skeptisch eingestellt gewesen. Es seien zusätzliche Staatsebenen geschaffen worden, die keine oder eine nur sehr eingeschränkte demokratische Legitimation hätten. Diese Anliegen könnten aber nicht mit diesem Planungsbericht gelöst werden.

Deshalb werde die Grüne Fraktion den Planungs-bericht B 27 zur Kenntnis nehmen. Die Bemerkungen 1 bis 7 werde sie allesamt ablehnen. Der Bemerkung 8 der RUEK werde die Fraktion zustimmen.

Im Namen der GLP-Fraktion tritt Urs Brücker auf die Vorlage ein. Der vorliegende Planungs-bericht habe in seinen 90 Seiten zweifelsohne eine Flughöhe, die weit über den eigentlichen Kern der künftigen NRP-Projektfinanzierung durch den Kanton hinausgehe. In ausführlichster Weise würden die Politik der Regionalentwicklung auf Bundesebene, die Ganzheit der regionalpolitischen Instrumente und das Zusammenwirken des kantonalen Finanzausgleichs und des kantonalen Richtplans 2015 dargelegt. Auf Seite 19 seien auch die Finanzmittel aller regionalpolitischen Instrumente von Bund und Kanton übersichtlich dargestellt; 434 Millionen Franken würden da jährlich zusammenkommen. Bis Seite 25 oder bis zum Kapitel 6 erfahre man einen unkritischen, aber wertvollen Wissenszuwachs, und man könne die Schlagzeile der „Neuen Luzerner Zeitung“ vom 3. September 2015 zur Neuausrichtung der kantonalen Regionalpolitik „Der Luzerner Landschaft droht das Abseits“ noch nicht verstehen. Ab Kapitel 6 werde es dann aber kernig, da gehe es um die Frage, wie und wo der Kanton welche künftigen Projekte mit NRP-Geldern unterstützen wolle. Neu sollten mit den NRP-Geldern von Bund und Kanton Zielsetzungen in sieben thematischen Schwerpunkten umgesetzt werden. Dafür stünden gemäss AFP insgesamt 1,2 bis 1,4 Millionen Franken A-fonds-perdu-Beiträge und etwa 600'000 Franken für Darlehen seitens des Kantons zur Verfügung. Auch wenn man den gleich hohen Betrag seitens des Bundes noch dazuaddiere, werde einem spätestens ab Seite 44 klar, von was man bei diesem dicken Planungsbericht eigentlich spreche beziehungsweise was die Herzen der Regionalpolitiker bewege. Grundsätzlich unterstütze die GLP die Stossrichtung der künftigen Projektfinanzierung mit NRP-Geldern wie im Bericht aufgezeigt. Die sieben thematischen Schwerpunkte beziehungsweise deren Zielsetzungen würden einigermassen schlüssig erscheinen. Dabei könnten die zwei Schwerpunkte „Wettbewerbsfähige und wertschöpfungsintensive Wirtschaft“ und „Unternehmerische Initiativen“ auch zusammengefasst werden, insbesondere wenn man sich bewusst sei, dass Innovationsunterstützungen eben vor allem im vorwettbewerblichen Bereich sinnvoll sei und gerade auch neue Geschäftsmodelle im überbetrieblichen Bereich innovative Ansätze bedingen würden. Er komme bei ihrer Bemerkung noch darauf zu sprechen. Der GLP sei es sehr wichtig, dass die Wirkungsperimeter nicht an die räumlichen Grenzen der einzelnen RET gebunden seien, sondern für jeden Schwerpunkt gesondert, eben nach thematischem Inhalt, festgelegt würden. Damit sei es künftig sinnvollerweise auch möglich, dass NRP-Projekte von Trägern ausserhalb des Einzugsgebietes der RET Region Luzern West und Idee Seetal AG vom Kanton unterstützt werden könnten. Insbesondere werde damit möglich, dass auch die ländlichen Gebiete in den beiden RET LuzernPlus und Region Sursee-Mittelland Anrecht auf NRP-Projektfinanzierungen hätten. Der Kanton habe in den letzten Jahren die Mittel für die NRP gekürzt. Dabei seien die Grundbeiträge an die RET, also die Beiträge an die Verwaltung und Administration der Geschäftsstellen, sogar noch erhöht worden. Dies führe mittlerweile, insbesondere in den beiden RET Region Luzern West und Idee Seetal AG, zu einem krassen Missverhältnis von Geld, das in das RET-Management fliesset, und von Geld, welches effektiv noch für die Projektförderung zur Verfügung stehe. Dass über 50 Prozent der NRP-Gelder in das Projektmanagement fliessen würden, sei nicht haltbar, und auch das Seco habe im Rahmen des jährlichen NRP-Reportings auf diesen Missstand hingewiesen. Die vorgesehene Nivellierung der RET-Grundbeiträge auf jährlich 400'000 Franken, also je 100'000 Franken pro RET, unterstütze die GLP ausdrücklich. Ebenfalls unterstütze die GLP, dass die Dienststelle Raum und Wirtschaft die zentrale Koordinationsstelle bleibe und damit die Hauptverantwortung für die Umsetzung der NRP und der NRP-Projekte innehabe, ausser beim thematischen Schwerpunkt „Synergien und Zusammenarbeit“, wo es Sinn mache, dass das Amt für Gemeinden die verantwortliche Fachstelle sei. Der Förderung des interdisziplinären Regionalmanagements stehe die GLP nicht unkritisch gegenüber. Die RET sollten nicht als vierte Staatsebene etabliert werden. Es bestehe durchaus die Gefahr, dass sich die RET mit Sachthemen befassen würden, die von anderen Gremien oder Organisationen oder auf anderer Ebene besser behandelt werden könnten. In welcher Form die

GLP den Planungsbericht zur Kenntnis nehmen werde, hänge vom Ausgang der Diskussion ab.

Franz Bucher sagt, als Seetaler unterstütze er die Aussagen von Markus Odermatt. Er stelle sich die Frage, ob dieser Planungsbericht seinem Titel "Regionalentwicklung" gerecht werde. Er frage sich zudem, ob der Planungsbericht dem entspreche, was Kantonsrat Pius Zängerle mit seiner Motion verlangt habe. Sei es sinnvoll, im Planungsbericht die Bundessubventionen zu erwähnen, aber die Kulturgelder vom Kanton nicht? Eigentlich könnte der Planungsbericht geradeso gut „Planungsbericht über die Umverteilung von NRP-Geldern“ heissen. Der Planungsbericht weise drei Hauptmängel auf. Erstens: Der Planungsbericht bewirke die volle Kehrtwende vom Ausgleichsgedanken hin zur Potenzialnutzung, was einerseits der heutigen Kantonsstrategie und andererseits dem Zweckartikel der nationalen NRP-Gesetzgebung widerspreche. Zweitens: Der Planungsbericht erweitere das Wirkungsgebiet der NRP, was die bisherige Achsen-Strategie des Kantons zunichtemache und den Kanton in einen Strategie-losen Zustand bringe. Drittens: Bei den reduzierten NRP-Grundbeiträgen an die RET stelle sich die Frage, ob man eine solch diskriminierende Politik wolle oder nicht. Mit den beiden Bemerkungen der RUEK und dem Antrag der CVP wolle man den Regierungsrat mit der entsprechenden Korrektur beauftragen. Mit diesen drei Bemerkungen erhalte man einen Planungsbericht, der die ländlichen Regionen des Kantons stärke, aber auch die Stadt und Agglomeration. So bilde der Planungsbericht die Basis für einen starken und vereinten Kanton Luzern. Er bitte deshalb den Rat, diese drei Anträge zu unterstützen.

Rosy Schmid erklärt, ihr fehlten in diesem Planungsbericht klare Zielsetzungen, Abgrenzungen und Rahmenbedingungen, wohin die Regionalentwicklung führen solle. Die bisherige Wirkung und Verbesserungen seien wenig erkennbar dargelegt worden. Für die Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortungen fehlten aber wichtige Informationen. Für eine konstruktive Weiterentwicklung wären zudem griffige Kontrollmassnahmen nötig. Die Erfolgsquote bei den Projekten von 30 bis 40 Prozent sei in ihren Augen völlig unbefriedigend und ungenügend. Auch hier zeige der Bericht keine möglichen Verbesserungen auf. Es werde viel von Innovation und Potenzial gesprochen. Das töne zwar gut, sei aber nur hilfreich, wenn damit auch die nötige Entwicklung herbeigeführt werde. Echte Innovationen seien heute sehr selten. Sie sei mit dem Planungsbericht nicht sehr zufrieden. Sie werde die Schwerpunkte für die Landschaft unterstützen.

Jürg Meyer sagt, der Planungsbericht erscheine ihm aus drei Gesichtspunkten wichtig. Erstens: Der Bericht zeige auf, dass die Regionen im Kanton Luzern eine grosse Bedeutung hätten. Der Kanton zeige, dass er mit 20 Millionen Franken am Bundesprogramm teilnehmen wolle. Zweitens: Die Agglomeration nehme dem ländlichen Raum nichts weg. Im Bericht stehe wörtlich: "Tatsächlich nimmt man dem ländlichen Raum nichts weg." Dazu habe die RUEK auch die Bemerkung 3 eingereicht. Drittens: In der Regionalentwicklung solle der Grundsatz der Potenzialförderung unterstützt werden. Jede Region wisse selber, über welche Potenziale sie verfüge.

Erich Leuenberger sagt, die beiden Planungsberichte B 172 und B 174 hätten bis anhin die Grundlage für die gesamte Regionalentwicklung gebildet. Die Motion M 195 von Pius Zängerle sei der Auslöser für den Planungsbericht B 27 gewesen. Er finde die vorliegende Botschaft B 27 sehr technokratisch, und sie sei schwer verständlich. Für ihn sei es unbestritten, dass die ländlich strukturierten Gemeinden ebenfalls NRP-Projekte einreichen könnten. Sie sollten gleich behandelt werden wie Gemeinden der RET Idee Seetal AG und Region Luzern West. Es störe ihn aber, in welch radikaler Art sich die Regierung von der ursprünglichen Politik gemäss den Botschaften B 172 und B 174 und somit auch von der Y-Achse verabschiede. Im Planungsbericht B 27 gehe es vor allem um die Neuverteilung der NRP-Gelder, dazu wäre kein 90-seitiger Bericht notwendig gewesen. Es werde aber auch verkannt, welche Aufgaben die Regierung an die RET Idee Seetal AG und Region Luzern West delegiert habe. Nun sei nur noch von einer 80-Prozent-Stelle oder 100'000 Franken pro Jahr die Rede. Das finde er nicht richtig. Einen Planungsbericht könne man zustimmend, neutral oder ablehnend zur Kenntnis nehmen, und man könne Bemerkungen dazu einreichen. Er empfehle, die beiden Bemerkungen der RUEK und jene von Markus Odermatt zu unterstützen. Das ermögliche es allen Beteiligten, auch der Regierung, mit den RET-Verantwortlichen

eine neue Auslegeordnung vorzunehmen. Falls diese Bemerkungen nicht überwiesen würden, empfehle er, den Planungsbericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Im Namen des Regierungsrates bittet Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng den Rat, auf den Planungsbericht einzutreten und diesen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. In der Kantsstrategie seien zwei Schwerpunkte erwähnt, die auch zum Planungsbericht Regionalentwicklung passen würden: Die Regierung wolle ein wirtschaftsfreundliches Umfeld und Perspektiven für die Regionen. Abgestimmt mit der Regionalpolitik des Bundes befasse sich dieser Planungsbericht mit der zielgerichteten Potenzialnutzung zur Stärkung des gesamten Kantons. Die Regierung zeige im Bericht auf, wie sie ihre finanziell beschränkten Mittel einsetze und die Stossrichtungen, wie sie die Mittel platzieren möchte. Dazu sei mit dem Bund ein Umsetzungsprogramm über die Jahre 2016 bis 2019 vereinbart worden. Dieses Umsetzungsprogramm berücksichtige die Stossrichtungen und die entsprechenden Wirkungsmodelle. Die Finanzierung sei bei dieser Vereinbarung von Bedeutung, vorgesehen sei eine Aufteilung von 50 zu 50 Prozent. Natürlich benötige es auch ein aussagekräftiges Monitoring und eine Berichterstattung, sonst wäre der Bund nicht zu einer Mitfinanzierung bereit. Das Seco bewerte die Grundlagen und das Programm des Kantons Luzern als sehr gut und sei bereit, mehr Mittel als in der vergangenen Periode einzusetzen. Es sei moniert worden, dass der vorliegende Planungsbericht zu umfangreich und zu komplex sei. Die Regierung habe alle Instrumente aufgeführt, welche parallel zu diesem Planungsbericht sektorübergreifend wirken würden, vom Agglomerationsprogramm bis hin zu den Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft. Es gehe hier nicht um den Ausgleich von Standortlasten und Standortnachteilen, dies sei und bleibe Aufgabe des Finanzausgleichs. Es gehe auch nicht um die Dauersubventionierung von Gemeindeverbänden, sondern darum, die Grundlage für innovative, gute Projekte zu schaffen. Die Projekte sollten von der Basis aus entwickelt und nicht von oben verordnet werden. Bereits die Vernehmlassung habe gezeigt, dass die Ansprüche an diesen Planungsbericht extrem hoch seien. Die Parteien hätten aber auch grossmehrheitlich die Kerninstrumente, nämlich die sieben Stossrichtungen, die Nutzung der bestehenden Potenziale und die Erweiterung des Perimeters begrüsst. Die Finanzierung der RET sei bereits in der Vernehmlassung ein Thema gewesen. Er erinnere daran, dass es sich bei den RET um Gemeindeverbände handle, die hauptsächlich für die Gemeinden arbeiten würden und von ihnen finanziert werden sollten. Die einzelnen RET seien verschieden organisiert. Der Aufgabenkatalog des RET Region Luzern West sei etwa doppelt so gross wie jener des RET Sursee-Mittelland. Die Tätigkeiten seien zum Teil äusserst umfangreich, und sie würden sich nicht mit den Aufgaben decken, die der Kanton insbesondere in der Raumplanung und bei der neuen Regionalpolitik für sie vorgesehen habe. Der Kanton habe keine Mitsprache, was die Organisation der RET angehe. Aus der Finanzierungssituation heraus habe die Regierung eine vernünftige Übergangslösung vorgeschlagen. Um weitere finanzielle Mittel zu liefern, fehle dem Kanton die gesetzliche Grundlage. Der Bund sei zudem nicht bereit, seinen Anteil zu erhöhen. Er komme nun auf einige Voten zurück. Die SVP wolle den Bericht in ablehnendem Sinn zur Kenntnis nehmen, weil der Perimeter über das ganze Kantsgebiet ausgedehnt worden sei. Er sei der Überzeugung, dass diese Massnahme nötig sei, eine Ungleichbehandlung der ländlichen Gebiete komme nicht mehr infrage. In den Voten sei auf die Schwierigkeiten beim Bereich der Tourismusgelder hingewiesen worden. Dazu weise er auf die Zusammenstellung auf Seite 26 des Planungsberichtes hin, wonach die Hauptzielsetzung des Tourismus laute, bestehende und neue Angebote insbesondere im ländlichen Raum (weiter-)zu entwickeln und zu vernetzen. Diese Zielsetzung beziehe sich zum Beispiel auf das Entlebuch, die Biosphäre und für die Region Sursee-Mittelland. Die CVP habe auf Zitate aus den Planungsberichten B 172 und B 174 hingewiesen. Diese beiden Berichte seien in der Zwischenzeit durch demokratische Entscheide überholt, der Kanton müsse sich weiterentwickeln, dazu trage auch der vorliegende Planungsbericht bei. Es sei befürchtet worden, dass unter den RET ein Konkurrenzkampf ausbrechen könnte. Das wolle man nicht, sondern es solle ein Wettbewerb über innovative Projekte stattfinden. Die FDP habe ein Erfolgscontrolling gefordert, dabei handle es sich um eine Selbstverständlichkeit. Ruedi Amrein habe erklärt, dass dem Land nichts weggenommen werde. Der Wirkungsperimeter sei klar ländlich orientiert. Zwei Drittel bis drei Viertel aller Stossrichtungen seien für

den ländlichen Raum vorgesehen. In Zahlen bedeute das insgesamt 21 Millionen Franken über vier Jahre, davon würden 16 Millionen Franken in den ländlichen Raum fliessen. Bei den 21 Millionen Franken handle es sich um einen relativ bescheidenen Betrag, wenn man bedenke, was die Regionalpolitik bewirken sollte. Es sei schwierig, damit Disparitäten auszugleichen. Die Grüne Fraktion habe von einer vierten Staatsebene gesprochen, die niemand wolle. Eine vierte Staatsebene sei auch nicht vorgesehen. Die SP fordere soziokulturelle Potenziale. Der Bund beteilige sich aber nicht an dieser Stossrichtung, darum habe man sie nicht aufgenommen. Zu den einzelnen Bemerkungen werde er sich anlässlich der Detailberatung äussern. Die Regierung beantrage, alle Bemerkungen abzulehnen, da sie im Bericht bereits berücksichtigt seien oder weil sie nicht den Bundesvorgaben entsprechen würden.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

*Seite 20 ff. (5. Ganzheitliche Regionalentwicklung in profilierten Regionen)*

Die RUEK reicht folgende Bemerkung ein: „Die Regionalentwicklung soll einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen leisten, um die dezentrale Besiedlung im Kanton zu erhalten und die regionalen unterschiedlichen Disparitäten abzubauen.“ Im Namen der RUEK erklärt der Kommissionspräsident Josef Dissler, mit dieser Bemerkung versuche man, Disparitäten auszugleichen, nicht mit finanziellen Mitteln, sondern über Projekte. Es gehe darum, die Schwachen zu stärken und die Starken weiter zu stärken.

Ruedi Amrein lehnt die Bemerkung im Namen der FDP-Fraktion ab. Der erste Teil der Bemerkung sei bereits erfüllt worden, mit der Regionalentwicklung sollten Arbeitsplätze geschaffen werden und erhalten bleiben. Im zweiten Teil der Bemerkung gehe es um die dezentrale Besiedlung und den Abbau von Disparitäten. Die FDP denke, dabei handle es sich um ein viel zu hohes Ziel, aber das Gefäss dazu sei viel zu klein. Zudem stelle es einen Gegensatz zur Potenzialorientierung dar. Auch wenn die FDP diese Bemerkung ablehne, so liege ihr doch die Landschaft am Herzen.

Markus Odermatt unterstützt die Bemerkung im Namen der CVP-Fraktion. Bei dieser Bemerkung gehe es um den Abbau der Disparitäten. Räumliche und regionale Disparitäten äusserten sich in unterschiedlichen Lebensbedingungen sowie ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Der Stadt-Land-Gegensatz könne als eine Form der räumlichen Disparität aufgefasst werden. Aus wirtschaftlicher Sicht könne man regionale Disparitäten als Folge von unterschiedlichem regionalem Wachstum beschreiben. Indikatoren hierfür seien unter anderem die Arbeitslosenquote, das Durchschnittseinkommen sowie die Lebensqualität allgemein. Es sei nicht die Meinung der CVP, die Stärken einer Region infrage zu stellen, sondern es gehe darum, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu fördern. Der Finanzausgleich allein könne diese Probleme nicht lösen. Die CVP sei der Meinung, dass die Disparität von unten her ausgeglichen werden sollte, um das wirtschaftliche Niveau auf der Landschaft zu heben, aber ohne dadurch den Starken etwas wegzunehmen.

Jost Troxler unterstützt die Bemerkung im Namen der SVP-Fraktion, da sie ganz in ihrem Sinn sei.

Hasan Candan lehnt die Bemerkung im Namen der SP-Fraktion ab. Die SP befürworte eine gezielte Anschubfinanzierung von Projekten in den Regionen. Sie wolle aber keinen indirekten Finanzausgleich oder eine Kompensation der Entscheide aus dem Richtplan. Zudem lehne sie eine Finanzierung von Daueraufgaben oder Strukturen ab. Diese Bemerkung schwäche den Wirtschaftsraum Luzern und hemme den Kanton in seiner ganzheitlichen Entwicklung.

Urs Brücker lehnt die Bemerkung im Namen der GLP-Fraktion ab. Die Bemerkung spreche den Finanzausgleich und den Richtplan an. Regionale Disparitäten würden nach Möglichkeit mit diesen beiden Instrumenten ausgeglichen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng die Bemerkung ab. Die Regierung gehe davon, dass dieses Anliegen bereits im Planungsbericht enthalten sei.

Der Rat lehnt die Bemerkung der RUEK mit 49 zu 46 Stimmen ab.

Markus Odermatt reicht folgende Bemerkung ein: „Der Regierungsrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit allen regionalen Entwicklungsträgern und unter Miteinbezug aller Instrumente der Regionalentwicklung dafür zu sorgen, dass alle Regionen ihre Regionalentwicklungsaufgaben, welche sie im Auftrag oder im Interesse des Kantons erfüllen, nachkommen können.“ Nach Ansicht der CVP hätten die vom Kanton gewollten RET wichtige Aufgaben in der Region übernommen. So könnten verschiedene Themen aus der Region aufgenommen und zusammen mit den Gemeinden weiterentwickelt werden. Dies funktioniere jedoch nur, wenn dem für die Region zuständigen RET die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Die RET würden wichtige Aufgaben übernehmen, die von den Gemeinden dem Kanton übergeben würden. Es wäre falsch, wenn die bisherige Struktur ohne plausible Gründe geändert und den beiden RET die Mittel entzogen würden. Die CVP-Fraktion trage diese Politik nicht mit. Ihr sei es wichtig, dass die RET Idee Seetal AG und Region Luzern West auch in Zukunft ihre Aufgaben und eine Scharnierfunktion wahrnehmen und finanziell auf gesunden Beinen stehen könnten. Dieser Aspekt solle bei der Ausgestaltung der Mitfinanzierung durch den Kanton ebenfalls und wie in der Vergangenheit berücksichtigt werden.

Im Namen der RUEK erklärt der Kommissionspräsident Josef Dissler, diese Bemerkung sei der RUEK nicht vorgelegen.

Ruedi Amrein lehnt die Bemerkung im Namen der FDP-Fraktion ab. Für den Auftrag habe der Regierungsrat den Umfang mit einer 80-Prozent-Stelle definiert. Der zweite Teil der Bemerkung, wonach die RET auch Aufgaben im Interesse des Kantons erfüllen könnten, sei der FDP viel zu allgemein formuliert.

Hasan Candan lehnt die Bemerkung im Namen der SP-Fraktion ab. Mit der Bemerkung werde die Finanzierung von einer Daueraufgabe und von Strukturen gefordert. Offenbar hätten die RET ein Finanzierungsproblem. Mit den NRP-Geldern solle aber nur eine Anschubfinanzierung geleistet werden. Falls tatsächlich ein Finanzierungsproblem bestehe, müssten neue Gelder über den AFP eingestellt werden, oder das Planungs- und Baugesetz müsste entsprechend angepasst werden.

Franz Bucher erklärt, im Planungsbericht gehe es zum einen um den Wirkungsbereich von NRP-Projekten und zum anderen um die Reduktion der NRP-Grundbeiträge an die RET. Diese Reduktion werde vom Bund gefordert und sei im Ergebnis vielleicht richtig. Die Reduktion sei aber nur dann richtig, wenn man sie eng aus der Sichtweise der einzelnen Instrumente der NRP betrachte. Nach Meinung der CVP bestehe die Regionalentwicklung nicht nur aus der NRP. Die vorgesehene Neuverteilung führe dazu, dass zwei der vier RET zu einem Sanierungsfall würden. Dabei handle es sich nicht um eine Behauptung, sondern um eine Tatsache, das habe auch der Regierungsrat festgestellt. Die vorgeschlagene Übergangsregelung lasse der Idee Seetal AG und der Region Luzern West zwar noch etwas Luft zum Atmen, bevor sie ihnen am Ende aber ausgehen werde. Die CVP lehne eine solch diskriminierende Politik ab. Sie fordere den Regierungsrat deshalb auf, dieses Resultat zu korrigieren. Die Grundlage dieser Bemerkung bildeten die Verhinderung einer solch regionalpolitischen Diskriminierung und die bisherige Praxis der Regierung. In der Vergangenheit habe der Regierungsrat in der Regionalpolitik flexibel und lösungsorientiert gehandelt. Nur so sei es möglich gewesen, dass LuzernPlus und die Region Sursee-Mittelland mit Grundbeiträgen aus dem NRP-Topf alimentiert worden seien, denn diese beiden Regionen hätten bis anhin nicht dem NRP-Raum angehört.

Urs Brücker lehnt die Bemerkung im Namen der GLP-Fraktion ab. Er könne den Ausführungen von Hasan Candan nur beipflichten. Die Bemerkung trage nichts zur substanziellem Stärkung des Planungsberichtes bei.

Jost Troxler lehnt die Bemerkung im Namen der SVP-Fraktion ab. Die SVP habe innerhalb der Fraktion bereits eine ähnliche Bemerkung diskutiert und diese grossmehrheitlich abgelehnt.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng die Bemerkung ab. Im Planungsbericht würden die Aufgaben der RET dargestellt. Insbesondere die Tabelle 14 auf Seite 30 des Berichts zeige klar auf, wo zusätzliche finanzielle Mittel für Raumkoordinationsprojekte in die RET fliessen würden. Der kantonale Richtplan konkretisiere diese gesetzlich zugewiesenen Aufgaben. Bei allem anderen handle es sich grossmehr-

heitlich um überkommunale Aufgaben oder um Verbundaufgaben. Die Regionale-Entwicklungsträger-Konferenz funktioniere gut. Man würde die Regierung damit überfordern, wenn sie die Beiträge in Zusammenarbeit mit allen regionalen Entwicklungsträgern und unter Miteinbezug aller Instrumente der Regionalentwicklung definieren und zudem dafür sorgen müsste, dass alle Regionalentwicklungsaufgaben umgesetzt werden könnten. Er bitte den Rat, sich an die Aufgabenteilung, wie sie im Bericht vorgeschlagen werde, zu halten. Der Rat lehnt die Bemerkung von Markus Odermatt mit 62 zu 38 Stimmen ab.

*Seite 25 ff. (6. Thematische Schwerpunkte als Leitrahmen der Regionalentwicklung)*

Die RUEK reicht folgende Bemerkung ein: „Die Wirkungs-Perimeter für die thematischen Schwerpunkte «Standortentwicklung/Standortmanagement», «Unternehmerische Initiative» und «Touristische Inwertsetzung» sind prioritär auf die Gebiete des ländlichen Raumes zu legen. In der Stossrichtung «Touristische Inwertsetzung» können Projekte von Touristischen Leistungsträgern in den Zentrumsgemeinden initiiert werden, sofern das Projekt Wertschöpfungsimpulse im ländlichen Raum auslöst.“ Im Namen der RUEK erklärt der Kommissionspräsident Josef Dissler, die Bemerkung sei von der RUEK mit 7 zu 5 Stimmen überwiesen worden. Mit dieser Bemerkung wolle die RUEK nochmals klar stipulieren, dass die thematischen Schwerpunkte in den jeweiligen Wirkungsperimetern anzuwenden seien. Weiter beinhaltete die Bemerkung, dass im Bereich „Touristische Inwertsetzung“ Projekte im urbanen Raum unterstützt werden könnten, welche auch Auswirkungen auf den ländlichen Raum hätten. Mit dieser Bemerkung wolle die RUEK die Absicht der Regierung unterstützen, jedoch mit einer kleinen zusätzlichen Forderung im Bereich „Touristische Inwertsetzung“.

Andreas Hofer lehnt die Bemerkung im Namen der Grünen Fraktion ab. Bis jetzt sei der Kanton in vier Entwicklungsträger aufgeteilt gewesen, nur zwei davon hätten Fördermittel beziehen können. Nun ändere man die Aufteilung in den ländlichen und in den eher urbanen Raum. Ab wann spreche man vom ländlichen Raum? Das sei schwierig zu definieren. Die neu festgelegte Definition sei richtig, weil es dabei um Projekte gehe, die sich nachhaltig auf die Wertschöpfung der Regionen und den ganzen Kanton auswirken könnten. Es dürfe nicht sein, dass ein Projekt nicht lanciert werden könne, nur weil es aus einer falschen Gemeinde oder einer falschen Region stamme.

Ruedi Amrein lehnt die Bemerkung im Namen der FDP-Fraktion ab. Die RUEK wolle die Betonung auf den ländlichen Raum setzen. Aus touristischen Kreisen habe man verlauten lassen, dass die Bemerkung als sehr einengend empfunden werde.

Hasan Candan lehnt die Bemerkung im Namen der SP-Fraktion ebenfalls ab. Man könne nur stark in die Zukunft vorangehen, wenn man den Kanton als Ganzes betrachte. Es sei eine Tatsache, dass die Landschaft, die Agglomeration, der urbane Raum und die Stadt miteinander verknüpft seien. So könnten Projekte, die in der Agglomeration oder im urbanen Raum entstünden, auch die Wertschöpfung im ländlichen Raum steigern. Projekte aus dem ländlichen Raum wiederum könnten die Wertschöpfung im urbanen Raum steigern. Stimme man der Bemerkung zu, ignoriere man die Verflechtung und hemme damit die Weiterentwicklung. Markus Odermatt unterstützt die Bemerkung im Namen der CVP-Fraktion. In der Bemerkung gehe es nicht in erster Linie um die Wörter „primär“ oder „prioritär“, sondern man wolle damit Bedenken, die im ländlichen Raum herrschten, auffangen. Die Landschaft abseits der Y-Achse weise klare Standortnachteile auf. Mit der Bemerkung wolle man diesem Umstand in Zukunft Rechnung tragen, damit die im Planungsbericht vorgesehenen finanziellen Mittel auch tatsächlich in den ländlichen Raum fließen würden.

Urs Brücker lehnt die Bemerkung im Namen der GLP-Fraktion ab.

Jost Troxler lehnt die Bemerkung im Namen der SVP-Fraktion ab. Für die SVP sei die Bemerkung einerseits zu technokratisch und anderseits etwas zu offen formuliert.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng die Bemerkung ab. Die Stossrichtung und der Wirkungsperimeter seien bereits im Sinn der Bemerkung definiert. Die RUEK wolle mit ihrer Formulierung noch eine Verstärkung erreichen. Man höre immer nur von den Bedenken der Landschaft. Man könnte es aber auch positiv sehen und in den Regionen mit Selbstbewusstsein gute Projekte lancieren, die auch entsprechende Unterstützung finden würden.

Der Rat lehnt die Bemerkung der RUEK mit 65 zu 35 Stimmen ab.

Hasan Candan reicht folgende Bemerkung ein: „Die Regionalentwicklung betrachtet den Kanton Luzern als einen zusammenhängenden Wirtschaftsraum. Projekte, welche die Wertschöpfung wechselseitig in unterschiedlichen Regionen gleichzeitig steigern, sollen besonders beachtet werden.“ Die SP-Fraktion betrachte den Kanton als Ganzes, man könne nicht einzelne Gebiete voneinander abgrenzen. Die verschiedenen RET müssten zusammen Projekte lancieren, die dem ganzen Kanton Wertschöpfung bringen würden.

Im Namen der RUEK erklärt der Kommissionspräsident Josef Dissler, diese Bemerkung sei der RUEK nicht vorgelegen.

Ruedi Amrein lehnt die Bemerkung im Namen der FDP-Fraktion ab. Mit der Ausrichtung auf eine Potenzialorientierung werde die Forderung bereits erfüllt.

Jost Troxler lehnt die Bemerkung im Namen der SVP-Fraktion ab, da es sich um keine praktikable Lösung handle.

Markus Odermatt lehnt die Bemerkung im Namen der CVP-Fraktion ebenfalls ab. Die Forderung sei im Planungsbericht bereits enthalten.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng die Bemerkung ab. Die Regierung gehe davon aus, dass mit den zwei thematischen Schwerpunkten „Wettbewerbsfähige und wertschöpfungsintensive Wirtschaft“ und „Touristischen Inwertsetzung“ auf Projekte sogar im Zentralschweizerischen Perimeter abgezielt werde. Ein Gremium bestehend aus Gewerbeverband, Wirtschaftsförderung und aus den Entwicklungsträgern selber prüfe die Projekte und beantrage sie zur Genehmigung.

Der Rat lehnt die Bemerkung von Hasan Candan mit 82 zu 15 Stimmen ab.

#### *Seite 26 (6. Thematische Schwerpunkte als Leitrahmen der Regionalentwicklung/Wirkungsperimeter)*

Urs Brücker reicht folgende Bemerkung ein: „Der Wirkungsperimeter des thematischen Schwerpunktes «Unternehmerische Initiativen» ist auf den ganzen Kanton zu legen.“ Er habe es bereits beim Eintreten angesprochen: Die beiden thematischen Schwerpunkte „Wettbewerbsfähige und wertschöpfungsintensive Wirtschaft“ und „Unternehmerische Initiativen“ seien in Zielsetzung, Aufgabe und Kriterien eigentlich identisch. Während beim erstgenannten der Wirkungsperimeter den gesamten Kanton betreffe, sei es bei den „Unternehmerischen Initiativen“ allerdings primär der ländliche Raum. Beide wollten die Innovationskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen fördern. Bei den „Unternehmerischen Initiativen“ werde vom Fokus „vorwettbewerblisch“ und „überbetrieblich“ gesprochen. Was bedeute das? Von vorwettbewerblisch spreche man, wenn eine Idee, solle sie zur marktfähigen Innovation werden, noch gewissen Forschungsbedarf – mindestens an angewandter Forschung – habe. Überbetrieblich heisse, dass schon in diesem Stadium verschiedene Firmen entlang der künftigen Wertschöpfungskette beteiligt seien. Für ihn sei es nun völlig unverständlich, wieso ein solches Projekt, an welchem zum Beispiel eine Sägerei aus dem Entlebuch, ein Ingenieurbüro aus Ebikon und ein Sensorhersteller aus Horw beteiligt seien, kaum zu einem NRP-Projekt werden könne. Ein solch räumlicher Wirkungsperimeter fördere die Innovationskraft der KMU im Kanton ganz bestimmt nicht. Anfang dieses Jahres sei das interkantonale Programm „Zentralschweiz innovativ“ gestartet worden, welches im Rahmen der NRP von den sechs Zentralschweizer Kantonen und vom Bund finanziert werde. Mit dem Programm würden Unternehmen bei der Entwicklung von Ideen zu neuen Produkten, Dienstleistungen, Geschäftsmodellen oder Prozessverbesserungen bis hin zu marktreifen Innovationen unterstützt. Auch in diesem Kontext sei es absurd, Firmen, welche gemeinsam Ideen zu marktfähigen Innovationen entwickeln wollten, aufgrund ihres Standortes im Kanton Luzern zu benachteiligen. Regionalpolitik in Ehren, aber eine solche Abgrenzung des Wirkungsperimeters sei innovationsfeindlich und schlicht falsch.

Im Namen der RUEK erklärt der Kommissionspräsident Josef Dissler, diese Bemerkung sei der RUEK nicht vorgelegen.

Hasan Candan unterstützt die Bemerkung im Namen der SP-Fraktion. Er nehme zur Kenntnis, dass gerade die CVP, die SVP und die FDP wirtschaftsfeindlich abstimmen würden. Die SP wolle den Kanton als Ganzes fördern. Gerade bei innovativen Projekten sollten Grenzen keine Rolle spielen.

Ruedi Amrein lehnt die Bemerkung im Namen der FDP-Fraktion ab. Die Mittel würden primär dem ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Es sei trotzdem nicht ausgeschlossen, dass auch andere Regionen zum Zug kämen. Die FDP wolle aber an der Priorität für den ländlichen Raum festhalten, weil in den Zentren bereits Vieles ohne diese Hilfe möglich sei.

Markus Odermatt lehnt die Bemerkung im Namen der CVP-Fraktion ebenfalls ab. Die Regionen in den urbanen und städtischen Gebieten würden bereits über genügend Potenzial verfügen. Deshalb sollten diese Gelder primär der Landschaft zukommen, damit sich diese Regionen ebenfalls entwickeln könnten.

Jost Troxler lehnt die Bemerkung im Namen der SVP-Fraktion ab. Der Wirkungsperimeter des thematischen Schwerpunkts „Unternehmerische Initiative“ solle auf den ländlichen Raum beschränkt werden.

Andreas Hofer lehnt die Bemerkung im Namen der Grünen Fraktion ab. Es sei eine Tatsache, dass auf der Landschaft Ängste bestehen würden. Man habe bereits vier Bemerkungen zugunsten der Landschaft abgelehnt. Deshalb wäre es nur konsequent, diese Bemerkung, die den urbanen Raum betreffe, ebenfalls abzulehnen.

Raphael Kottmann lehnt die Bemerkung ab. Der Richtplan sei unweigerlich an geografische Größen gebunden. Mit der Regionalpolitik solle ein gewisses Korrektiv im Kontext der Richtplanung und des Finanzausgleichs stattfinden. Man müsse den vorliegenden Planungsbericht in diesem Zusammenhang sehen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng die Bemerkung ab. Mit diesem thematischen Schwerpunkt solle insbesondere der wirtschaftliche Strukturwandel im ländlichen Raum proaktiv unterstützt werden. Das von Urs Brücker genannte Beispiel passe nicht zur unternehmerischen Initiative, wie sie im Planungsbericht beschrieben sei.

Der Rat lehnt die Bemerkung von Urs Brücker mit 79 zu 22 Stimmen ab.

#### *Seite 35 ff. (7. Administration, Aufgaben und Zusammenarbeit)*

Hasan Candan reicht folgende Bemerkung ein: „Während der Umsetzungsphase 2016–2019 ist vermehrt die Zusammenarbeit mit Akteuren und Organisationen zu suchen, welche die brach liegenden sozio-kulturellen Potenziale des Kantons weiterentwickeln und inwertsetzen.“ Man verbaue sich nichts mit der Forderung, die soziokulturellen Dimensionen ebenfalls zu fördern. Die SP wolle keine neuen Strukturen schaffen. Im Bericht sollte der Verknüpfung zu den in der übergeordneten Zielsetzung erwähnten soziokulturellen Potenzialen Genüge getan werden. Im letzten NRP-Programm hätten nur gerade 3 von 70 Projekten einen soziokulturellen Charakter aufgewiesen. Soziokulturelle Projekte würden nicht nur Kosten verursachen. So sei etwa das kulturelle Projekt „Neubad“ ohne Anschubfinanzierung zustande gekommen, habe aber anfänglich mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. In der Zwischenzeit sei es ein Erfolg geworden, innerhalb von einem Jahr habe man den Umsatz von 1,2 Millionen Franken um einen Dritt auf 1,9 Millionen Franken steigern können, und die Zahl der Mitarbeitenden sei auf 44 verdoppelt worden, davon seien zehn Vollzeitstellen. Im letzten NRP-Programm seien während vier Jahren im Bereich „Touristische Inwertzung“ 10 Millionen Franken Fördergelder gesprochen worden, daraus seien 18 Arbeitsplätze entstanden. Im Bereich „Unternehmerische Initiative“ seien es 5 Millionen Franken gewesen, daraus seien 37 Arbeitsplätze entstanden. Es wäre nur fair, auch im soziokulturellen Bereich Gelder für Anschubfinanzierungen zu sprechen. Es gebe noch weitere Projekte, so etwa die immer älter werdende Gesellschaft; das stelle nicht nur ein Risiko dar, sondern auch eine Chance, um ein Standortmanagement oder Standortaktivitäten in den Regionen zu schaffen. Im Namen der RUEK erklärt der Kommissionspräsident Josef Dissler, diese Bemerkung sei der RUEK vorgelegen und mit 11 zu 1 Stimme abgelehnt worden.

Markus Baumann unterstützt die Bemerkung im Namen der GLP-Fraktion. Die zunehmende Mobilität, die gesellschaftliche Veränderung, die Individualisierung, der demografische Wandel und die globale Migration seien soziokulturelle Themen, die auch die Regionalentwicklung betreffen und Anpassungen und Veränderungen fordern würden. Um die bestehenden und kommenden Herausforderungen bewältigen zu können, benötige es eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Fachpersonen aus Ökonomie, sozialer Arbeit, Raumplanung, Ökologie und Architekturbildung, und es brauche eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik,

Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Aspekt der Zivilgesellschaft und der Soziokultur sei wichtig. In der Soziokultur gehe es nicht darum, von oben nach unten zu entscheiden, sondern Ideen und Projekte bottom-up aus der Bevölkerung partizipativ zu entwickeln, sei es durch Aktivierung, durch Befähigung, durch Vernetzung und subsidiäre Unterstützung. Die Soziokultur schaffe durch interdisziplinäre und integrale Ansätze Innovationen und Wertschöpfung, unter anderem auch durch Anschubfinanzierungen. Das sei nichts anderes, was die RET bereits tun würden: Dorfkerngestaltung in der Region Luzern West, starke Sportregionen in der Region Sursee-Mittelland oder Betreuungsgutscheine durch LuzernPlus. All diese Projekte würden bereits soziokulturelles Potenzial nutzen. Bei der Regionalentwicklung handle es sich nicht nur um Bauen und Wirtschaft, sondern es gehe auch um die Gestaltung des Zusammenlebens. Daher brauche es auch eine enge Zusammenarbeit mit Akteuren aus dem soziokulturellen Bereich, um das gesamte Potenzial im Kanton zu nutzen und weiterzuentwickeln.

Ruedi Amrein lehnt die Bemerkung im Namen der FDP-Fraktion ab. Bezuglich Ideen seien die Projekte nicht eingeschränkt. Wenn eine Idee die geforderten Bedingungen erfülle, könne auch ein soziokulturelles Projekt zum Zug kommen. Die FDP befürchte aber eine Überschneidung. Die erwähnten Beispiele könnten aus der Bildung oder dem Sozialen kommen, das führe wieder zu anderen Gefässen. Unter Regionalentwicklung verstehe er auch, dass damit wirtschaftlicher Erfolg und Arbeitsplätze in die Region gebracht würden. Mit solchen Projekten sollten keine Kosten generiert werden. Diesbezüglich habe er aber im soziokulturellen Bereich Bedenken, weil der Staat einerseits ein Projekt fördere, aber andererseits auch dafür bezahle.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng die Bemerkung ab. Bezuglich der Umsetzungsperiode 2016 bis 2019 würden Inhalte und Schwerpunkte in diese Richtung vom Bund nicht mitgetragen. Der Themenbereich Soziokultur sei deshalb als solcher ausgegrenzt. Das bedeute nicht, dass punktuell in interdisziplinärer Projektarbeit diese Anliegen berücksichtigt werden könnten. In diesem Sinn sei die Bemerkung der Regierung im Planungsbericht zu verstehen, es brauche eine Abgrenzung. Im Rahmen der kantonalen Kulturförderung werde durch die Einführung des regionalen Förderfonds die Zusammenarbeit mit den RET bereits intensiviert. Diese Thematik werde in einem eigenen Planungsbericht, der Botschaft B 103, abgehandelt.

Der Rat lehnt die Bemerkung von Hasan Candan mit 75 zu 25 Stimmen ab.

#### *Seite 44 ff. (8. Finanzierung)*

Hasan Candan reicht folgende Bemerkung ein: „Die Übergangsbeiträge an die RET Luzern West und Idee Seetal sind zu halbieren.“ Die SP-Fraktion wolle eine wirkungsvolle Wirtschaftsförderung im Kanton, aber keine Finanzierung von Daueraufgaben oder von Strukturen. Die SP sei der Meinung, dass die Hälfte der Übergangsbeiträge genügen sollten. Jeder Franken, der in die Organisationsstruktur der RET fliesse, fehle schlussendlich bei den Projekten. Es könne nicht sein, dass die Beiträge des Kantons bei den RET Idee Seetal AG und Region Luzern West 53 beziehungsweise 44 Prozent der Entschädigung des Projektmanagements stellten, während Region Sursee-Mittelland 18 Prozent und LuzernPlus 6 Prozent aufwenden würden. Er verstehe auch nicht, warum die Beitragsreduktion nicht sofort erfolgen sollte. Im Rahmen der Sparpakete seien bei vielen Dienststellen Kürzungen ohne eine Übergangs-regelung von zwei bis vier Jahren vorgenommen worden.

Im Namen der RUEK erklärt der Kommissionspräsident Josef Dissler, diese Bemerkung sei der RUEK in dieser Form nicht vorgelegen.

Ruedi Amrein lehnt die Bemerkung im Namen der FDP-Fraktion ab. Die FDP habe sich für die Übergangsfinanzierung eingesetzt, man müsse den Organisationen Zeit geben. Deshalb komme für die FDP eine Halbierung der Beiträge nicht infrage.

Markus Odermatt lehnt die Bemerkung im Namen der CVP-Fraktion ab. Es müsse sichergestellt werden, dass sich die RET während der Übergangszeit reorganisieren könnten. Dazu sollte man ihnen zwei Jahre Zeit lassen. Die eingestellten Gelder sollten ihnen zur Verfügung gestellt werden, damit die Reorganisation sauber durchgeführt werden könne.

Andreas Hofer lehnt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion ab. Die Grünen seien der Meinung, dass nur Projekte dem Kanton eine Wertschöpfung bringen würden, und nicht Gel-

der, die für Strukturen verwendet würden. Bei dieser Frage gehe es aber um das Gebot der Fairness. Bei den beiden Entwicklungsträgern handle es sich um gewachsene Strukturen, um diese anzupassen, benötige es etwas Zeit.

Jost Troxler lehnt die Bemerkung im Namen der SVP-Fraktion ab.

Urs Brücker lehnt die Bemerkung im Namen der GLP-Fraktion ebenfalls ab. Es sei sogar eine längere Übergangszeit zur Diskussion gestanden.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng die Bemerkung ab. Es handle sich dabei um einen Kompromiss, auf den man sich nach langen Verhandlungen mit den RET geeinigt habe. Die Übergangsfinanzierung lasse es den RET zu, sich neu organisieren zu können. Aus kantonaler Sicht wolle man weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit den RET pflegen.

Der Rat lehnt die Bemerkung von Hasan Candan mit 90 zu 14 Stimmen ab.

*Titel* und *Ingress* werden in der Detailberatung gemäss Entwurf des Regierungsrates angenommen.

#### **Ziffer 1**

Die RUEK stellt den Antrag, den Planungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Jost Troxler stellt den Antrag, den Planungsbericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der RUEK erklärt der Kommissionspräsident Josef Dissler, die RUEK beantrage, den Planungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Im Namen des Regierungsrates unterstützt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng den Antrag der RUEK auf Kenntnisnahme. Man habe bezüglich Wirkungsperimeter einen grossmehrheitlichen Konsens gefunden, und bei den thematischen Schwerpunkten sei der Konsens ebenfalls relativ gross. Die Vereinbarung 2016 bis 2019 sei mit dem Bund abgeschlossen worden.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Kenntnisnahme der zustimmenden Kenntnisnahme mit 95 zu 11 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung zieht der Rat die Kenntnisnahme der ablehnenden Kenntnisnahme mit 66 zu 39 Stimmen vor. Vom Planungsbericht wird somit Kenntnis genommen.

**Ziffer 2** wird in der Detailberatung gemäss Entwurf des Regierungsrates angenommen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschlusses über den Planungsbericht über die Regionalentwicklung im Kanton Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 68 zu 37 Stimmen zu. Damit nimmt er diesen zur Kenntnis.